



Innenausschuss

24. Sitzung (öffentlich)

8. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 16:25 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2351	
Ausschussprotokoll 17/299	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/3865	

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 17/4100

Vorlage 17/1040
Vorlage 17/1041
Vorlage 17/1289
Vorlage 17/1330

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– Tischvorlagen –

Allgemeine Aussprache 16

Aussprache zu den Tischvorlagen, lfd. Nrn. 1 und 2 18

Aussprache zur Tischvorlage, lfd. Nr. 3 19

Aussprache zur Tischvorlage, lfd. Nrn. 4 bis 7 19

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge ab; das Ergebnis der Abstimmungen findet sich in Vorlage 17/1375.

Sodann stimmt der Ausschuss dem so veränderten Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

3 Elfte Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Innern 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3699

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4125

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

4 Gewalt gegen unsere Einsatz- und Rettungskräfte konsequent benennen, systematisch erforschen und selbstbewusst bekämpfen 23

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2150

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2241

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Sodann lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen 29

Antrag
der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2546 – Neudruck –

Ausschussprotokoll 17/357

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

6 Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen 30

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2750

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3730

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung mit einem Sachverständigen pro Fraktion durchzuführen.

7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und zur Änderung weiterer Vorschriften 31

Vorlage 17/1124
Drucksache 17/3743

8 Auswertung des Abschlussberichts im Verwaltungsermittlungsverfahren in Bezug auf das Dienstverhältnis des Polizeihauptkommissars a. D. Rainer Wendt vom 23. Februar 2018 32

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, wie vom Vorsitzenden dargestellt zu verfahren.

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 9 | Geiselnahme am Kölner Hauptbahnhof am 15.10.2018 | 33 |
| | Bericht der Landesregierung | |
| 10 | Im Hambacher Forst werden wieder Baumhäuser gebaut: Wie reagiert die Landesregierung? | 38 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1341 | |
| 11 | 27-Jähriger aus dem Kreis Heinsberg getötet – 4 Männer festgenommen | 39 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1336 | |
| 12 | Wurde der Kampf gegen die libanesische Clan-Kriminalität in Essen aufgrund des Einsatzes im Hambacher Forst absichtsvoll vernachlässigt? | 40 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1338 | |
| 13 | Praxiserfahrung von Feuerwehrangehörigen stärken – dezentrale Übungsgelände bereitstellen | 43 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2398 | |
| 14 | Warum duldet die Polizei eine Protestaktion vor dem Haus von Antje Grothus? | 54 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1337 | |

- 15 Lässt die Landesregierung jetzt die Stadt Kerpen mit den autonomen Hausbesetzungen im Umsiedlungsort Manheim alleine? 60**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1345
- 16 Wie wird die Landesregierung die Angriffe auf Autos von Beschäftigten der Kraftwerke und Tagebaue schützen? 62**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1339
- 17 Wie bewertet die Landesregierung das Auftreten selbst ernannter Sicherheitskräfte im Rahmen des Besuchs von Präsident Erdogan in Köln am 29.09.2018? 64**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1340
- 18 Neue Erkenntnisse im Fall des Haftraumbrands in der JVA Kleve 65**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1353
- 19 Nachbereitung des Polizeieinsatzes bei den Baumhausbeseitigungen im Hambacher Wald im September und Oktober 2018 87**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1344
- 20 Fehlinformationen durch den Minister des Innern Herbert Reul 92**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1343
- 21 Verschiedenes 94**

3 Elfte Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Innern

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3699

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4125

Hartmut Ganzke (SPD) bringt in Bezug auf den Änderungsantrag die Verwunderung seiner Fraktion zum Ausdruck, warum man das Artikelgesetz ergänzen wolle, indem man das Disziplinalgesetz verändere. Insofern möchte er vom Ministerium wissen, ob diese Änderung mit dem zuständigen Hauptpersonalrat abgesprochen worden sei und wie er sich dazu verhalte.

Darüber hinaus fragt er nach Gesprächen mit Gewerkschaften und regt andernfalls ein Rechtsgespräch über die Frage an, warum man eine Änderung im Disziplinalgesetz hier anhängen müsse, zumal man den wichtigen Bereich des Disziplinarrechts nicht mit einem solch kleinen Änderungsantrag ändern dürfe.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, es handele sich um einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und nicht des Ministeriums.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) führt aus, es gehe lediglich um die Änderung der Bezeichnung der Ministerien, also um eine rein formale Änderung.

Minister Herbert Reul (MI) stimmt zu, im Wesentlichen gehe es um die veränderte Bezeichnung des Ministeriums.

Hartmut Ganzke (SPD) konkretisiert, der Änderungsantrag passe nicht zum ursprünglichen Gesetzentwurf, weil dadurch disziplinarische Sachverhalte auf Ebene der Landesregierung nicht mehr aus einer Hand beurteilt würden. Damit bestehe die Gefahr, dass sich das materielle Disziplinarrecht auseinanderentwickele.

Es gehe seiner Fraktion nicht darum, etwas zu verzögern, sondern um einen Eingriff in das Disziplinarrecht, sodass man vor der Verabschiedung ein entsprechendes Rechtsgespräch führen wolle bzw. um die Einholung der Stellungnahme des Hauptpersonalrats bitte.

Vorsitzender Daniel Sieveke stellt fest, es gehe doch lediglich um die Zuständigkeit im Bereich „Inneres und Kommunales“, also lediglich um die Zuordnung, und nicht um die Änderung des Disziplinarrechts.

In § 79 Abs. 3 Landesdisziplinargesetz werde als oberste Dienstbehörde für alle Beamtinnen und Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände das für Innere zuständige Ministerium benannt, führt **Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)**, sodass man eine sachliche Notwendigkeit für eine Änderung sehe.

Vorsitzender Daniel Sieveke wiederholt, beim Artikelgesetz gehe es lediglich darum, die Zuständigkeit durch die Ressortveränderung anzupassen, weil der Kommunalbereich nun nicht mehr zum Innenministerium gehöre.

Minister Herbert Reul (MI) bietet an, mit dem Hauptpersonalrat zu sprechen und bis zur Plenarberatung entsprechend nachzuliefern. Dann könnte man heute trotzdem abstimmen und hielte das Verfahren nicht auf.

Vorsitzender Daniel Sieveke plädiert ebenfalls für die Abstimmung. Die SPD könne sich ja enthalten. Man nehme zu Protokoll, dass die SPD hätte durchaus zustimmen können, wenn die Frage geklärt gewesen wäre.

Hartmut Ganzke (SPD) hält den Vorschlag des Ministers für vernünftig.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.